

«Ich hätte die Schweiz als prokapitalistischer eingeschätzt»

Nicht nur Deutschland tut sich schwer mit der Marktwirtschaft – der Historiker und Soziologe Rainer Zitelmann äussert sich im Gespräch mit René Höltzchi zu den Gründen und setzt mit Verve zur Verteidigung des Kapitalismus an

Herr Zitelmann, in Ihrem neuen Buch «Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten» verteidigen Sie den Kapitalismus gegen seine Kritiker und gegen den Sozialismus. Ist das nicht eine Schlacht der Vergangenheit?

Ich sehe mich durch die Entwicklung bestätigt. Der Kapitalismus wird nicht nur bedroht durch knallharte Sozialisten, sondern mindestens ebenso durch gegenwärtige Entwicklungen, die weggehen von der Marktwirtschaft in Richtung Planwirtschaft. Das fängt an bei den Zentralbanken, die praktisch den Preis fürs Geld abgeschafft haben, und geht weiter in Brüssel, wo zum Beispiel mit der Taxonomie staatliche Vorgaben gemacht werden, wer wo wie zu investieren hat. In den 1980er Jahren hatten wir weltweit eine Tendenz in Richtung Marktwirtschaft mit den Reformen von Deng Xiaoping in China, mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan, den marktwirtschaftlichen Reformen in Schweden und später jenen von Gerhard Schröder in Deutschland.

Jetzt ist überall das Gegenteil der Fall, der Trend geht zu mehr Interventionismus. Zwar bekennt sich in Worten praktisch jeder zur sozialen Marktwirtschaft, auch Sahra Wagenknecht von der Linken. Aber Ludwig Erhard, der diese Prinzipien in Deutschland umgesetzt hat, würde sich im Grab umdrehen, wenn er erführe, was die Leute heute als Marktwirtschaft bezeichnen.

Wie erklären Sie sich diese Wende?

Die Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder haben in Deutschland vieles zum Guten bewegt; die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Grossbritannien war in den 1970er Jahren der kranke Mann Europas mit hoher Inflation und hoher Arbeitslosigkeit. Dank den Reformen von Premierministerin Thatcher ging beides zurück, und die Wirtschaft boomte. Aber die Leute vergessen irgendwann den Grund für den Erfolg. Zudem hatte man in den 1980er Jahren noch direkt vor Augen, dass die Planwirtschaft überall scheiterte. Jetzt haben wir einige Jahrzehnte Abstand, und die jungen Menschen wissen kaum etwas darüber, weil sie auch in der Schule viel über die vermeintlichen Übel des Kapitalismus, aber wenig über das Versagen aller sozialistischen Experimente erfahren.

Ihr Buch verweist auch auf den geringen Rückhalt des Kapitalismus in der Bevölkerung.

Wir haben in 14 Ländern Befragungen durchgeführt. Auf Basis von 34 unterschiedlichen Statements, die wir den Teilnehmern zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegten, haben wir einen Koeffizienten berechnet, der die pro- oder antikapitalistische Einstellung angibt. Nur in 4 der 14 Länder war eine Mehrheit prokapitalistisch eingestellt. An der Spitze stand mit Abstand Polen, darauf folgten die USA, Südkorea und Japan. In Schweden und Brasilien hielten sich Pro- und Antikapitalisten ungefähr die Waage. In allen anderen Staaten waren die Antikapitalisten in der Mehrheit. Überrascht hat mich das im Falle der Schweiz, die hätte ich als prokapitalistischer eingeschätzt. Immerhin war sie etwas weniger antikapitalistisch als Deutschland. Am ausgeprägtesten war die Ablehnung des Kapitalismus – nicht überraschend – in Frankreich.

Warum ist gerade Polen besonders prokapitalistisch?

Einerseits wirkt wohl die Erfahrung aus dem Sozialismus nach, der nicht funktioniert hat, andererseits haben die Polen die Erfahrung gemacht, dass es ihnen mit dem Kapitalismus besser geht.

Dieselben Erfahrungen gab es in Ostberlin. Dennoch hat 2021 eine Mehrheit der Berliner eine Verstaatlichung der



Einst war er Marxist, heute verteidigt er den Kapitalismus gegen dessen Kritiker: der deutsche Historiker und Soziologe Rainer Zitelmann. HERMANN BREDEHORST / POLARIS / LAIF

«Soziale Gerechtigkeit mit Gleichheit gleichzusetzen, ist Quatsch. Gerecht heisst, dass der das Gleiche kriegt, der auch das Gleiche macht.»

Vom Marxisten zum Unternehmer

Ht. Berlin · Der promovierte deutsche Historiker und Soziologe Rainer Zitelmann ist 1957 geboren. Er war wissenschaftlicher Assistent an der Freien Universität Berlin, danach Ressortleiter bei der Tageszeitung «Die Welt». Im Jahr 2000 gründete er sein eigenes Unternehmen und wurde als Unternehmer und Immobilieninvestor vermögend. 2016 verkaufte er seine Firma. Er hat 26 Bücher geschrieben und herausgegeben. Sein jüngstes Werk erscheint am 22. Februar unter dem Titel «Die zehn Irrtümer der Antikapitalisten». Darin verteidigt Zitelmann, der in jungen Jahren Marxist und Maoist war, mit Verve den Kapitalismus.

Wohnungsbestände grosser Immobilienkonzerne unterstützt. Wie kann das sein? Das habe ich mich auch gefragt. Unsere Umfragen haben sogar gezeigt, dass die Meinungen in Ostdeutschland noch antikapitalistischer sind als in Westdeutschland. Anders als in Polen gibt es in Ostdeutschland Sonderprobleme: Viele Menschen fühlen sich vielleicht benachteiligt gegenüber Westdeutschland oder vergleichen ihre Lage weniger mit ihrer eigenen früheren Lage als mit jener in Westdeutschland. Dass trotz der Erfahrung mit der Planwirtschaft immer noch eine Affinität zu antimarktwirtschaftlichem, antikapitalistischem Denken besteht, sieht man auch an den Parteien, die gewählt werden: In einigen Bundesländern erreichen die Linkspartei und die AfD zusammen etwa die Hälfte der Stimmen. Die AfD im Osten ist eine antikapitalistische Partei, mit ihrer Ablehnung von Eliten und Reichen und der starken Betonung von «sozialer Gerechtigkeit». Genau wie die Linkspartei auch.

Ungleichheit ist in Deutschland ein politisches Dauerthema. Ist sie tatsächlich ein Problem?

Ich glaube, dass Ungleichheit per se überhaupt kein Problem ist. Man kann das gut am Beispiel China demonstrieren. Wenn Sie den Gini-Koeffizienten nehmen, mit dem Ökonomen die Ungleichheit messen, ist die Ungleichheit in China heute sehr viel grösser als zu Maos Zeiten. Damals war vielleicht Mao selbst Millionär, aber es gab keinen einzigen Milliardär. Heute gibt es in China 700 Milliardäre, so viele wie in den USA. Die Ungleichheit ist also gestiegen. Aber gleichzeitig ist der Anteil der Armen von 88 Prozent im Jahr 1981 auf heute unter ein Prozent zurückgegangen.

Der Kritik der Ungleichheit liegt meistens ein «Nullsummen-Glaube» zugrunde, wonach der Reiche nur reich ist, weil der Arme arm ist. Aber wenn das so wäre, wäre die beschriebene Entwicklung in China überhaupt nicht erklärbar. Zudem gilt sie auch im Weltmassstab: Noch vor 200 Jahren lebten 90 Prozent der Menschen in extremer Armut. Heute sind es unter 10 Prozent, und gleichzeitig ist die Zahl der Reichen extrem gestiegen. Für mich ist Armut ein Problem, nicht Ungleichheit. Letztere ist nur ein Thema für Neider, auch wenn natürlich niemand zugibt, dass er neidisch ist, sondern jeder lieber von sozialer Gerechtigkeit spricht. Soziale Gerechtigkeit wird dabei mit Gleichheit gleichgesetzt, obwohl das Quatsch ist: Gerecht heisst, dass der das Gleiche kriegt, der auch das Gleiche macht.

Im Buch verteidigen Sie sehr hohe Managergehälter. Dabei schaden Gehaltsexzesse doch dem Kapitalismus, weil sie dessen Akzeptanz untergraben.

Dieses Argument würde in der Konsequenz heissen, dass der Unmut geringer wäre, wenn der Manager statt 300-mal nur 200-mal so viel verdienen würde wie ein Arbeiter. Das kann man aber nicht beobachten. Dahinter steckt ein Unverständnis von bestimmten ökonomischen Tatsachen, das ich Angestellten-Denkennenne: Wenn ein Taxifahrer oder ein Fabrikarbeiter 40 Stunden arbeitet, kriegt er X Euro, und wenn er stattdessen 50 Stunden arbeitet, kriegt er entsprechend mehr. Folglich empfinden sie Lohn als eine Prämie für die aufgewendete Zeit und den vergossenen Schweiß. Das ist aber auf andere Bereiche nicht übertragbar. Ein Unternehmer verdient nicht deswegen 1000-mal mehr, weil er 1000-mal mehr arbeitet. Jeff Bezos arbeitet nicht 1000-mal länger und härter als einer seiner Amazon-Paketausträger. Sein Einkommen ist keine Schweiß-Prämie, sondern eine Ideen-Prämie: Bezos ist reich geworden, weil er eine tolle Idee hatte. Beim Manager ist es anders. Er wird nicht unbedingt für Ideen so gut bezahlt, sondern weil er wie ein Top-Fussballspieler Fähigkeiten hat, die relativ selten sind.

Mein Vorwurf an Unternehmer und Manager ist, dass sie diese Zusammenhänge nicht erklären. Sie stehen auch deshalb so schlecht da, weil sie sich ausklinken aus der politischen Diskussion. Ich mache das jetzt stellvertretend für sie. Auch haben viele Befürworter ein defensives Verhältnis zum Kapitalismus: Ich weiss, er ist nicht so gut, aber unter allen schlechten Systemen ist er das am wenigsten schlechte, sagen sie. So können Sie doch niemanden überzeugen! Wenn ich vor Studenten spreche, sind oft auch viele linke Studenten dabei, und ich komme mit meinem T-Shirt mit der Aufschrift «I love Capitalism». Aber die respektieren mich, weil ich zeige: Ich denke so, und ich stehe dazu. Ich muss mich doch nicht dafür entschuldigen, dass ich für den Kapitalismus bin, wenn es noch nie in der Geschichte ein System gegeben hat, das so viele Menschen aus der Armut gebracht hat.

Ihr Buch bricht auch eine Lanze für Monopole. Kapitalismus aber lebt vom Wettbewerb. Was bitte soll gut sein an Monopolen?

Erstens und am wichtigsten: Monopole – wenn es keine Staatsmonopole sind, ich spreche von privaten Monopolen – sind lange nicht so dauerhaft, wie die meisten Menschen denken. Immer wenn ein Monopol auf seinem Höhepunkt ist, denken die Leute, es sei unzerstörbar. So wie vielleicht heute Amazon, Google oder Facebook, wobei ich bezweifle, ob Monopol hier überhaupt das richtige Wort ist. «Forbes» widmete zum Beispiel einst der Frage eine Titelgeschichte, ob das Monopol von Nokia am Handy-

Markt noch zu brechen sei. Heute lachen wir darüber, weil Nokia gar keine Rolle mehr spielt. MySpace hatte einst fast eine Monopolstellung im Bereich der sozialen Netzwerke, heute wissen viele gar nicht mehr, was MySpace ist. Weitere Beispiele sind Kodak und Xerox.

Zweitens hat der Ökonom Joseph Schumpeter gezeigt, dass Monopole nicht nur eine negative Funktion haben. Wenn ein vorübergehendes Monopol dadurch zustande kommt, dass ein neues Produkt entdeckt wird und es die Verbraucher unbedingt haben wollen, dann gewährt es vorübergehend einen gewissen natürlichen Schutz. Dieser trägt dazu bei, dass sich überhaupt so etwas entwickeln kann. Ich bin kein Anhänger von Monopolen, aber ich sage, wenn sie auf natürliche Weise entstehen, verschwinden sie auch meist auf natürliche Weise, und es braucht keine staatlichen Eingriffe.

Also auch keine Wettbewerbs- und Antikartellgesetze?

Ich will nicht behaupten, dass sie nie Nutzen haben können, aber ich glaube, dass der Schaden den Nutzen überwiegt. Für mich sind Konzerne wie Google oder Amazon erst einmal Unternehmen, die erfolgreich sind, weil sie viel Nutzen für die Menschen gestiftet haben. Und die erwähnten Unternehmen, die in der Vergangenheit eine Monopolstellung innehatten, sind überwiegend nicht durch Gesetzgeber und Kartellaufsicht beseitigt worden, sondern durch Wettbewerb, weil sie neue Entwicklungen verpennt haben oder aus der Mode gekommen sind. Der grösste Feind des Monopols sind nicht die Kartellwächter mit ihren langsam mahelnden Mühlen, sondern der Kapitalismus, der Wettbewerb, der immer wieder auch Monopole zerstört.

Wie soll ein kapitalistisches System den Umwelt- und Klimaschutz angehen?

Die Behauptung, der Kapitalismus mache die Umwelt kaputt, hat sich nicht bewährt, im Gegenteil. Die meisten Umweltbedingungen haben sich dramatisch verbessert in den vergangenen Jahrzehnten. Die Voraussagen im 1972 erschienenen Buch «Die Grenzen des Wachstums» des Club of Rome haben sich praktisch alle als falsch erwiesen. Denn der Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Rohstoffverbrauchs und dem Wachstum der Wirtschaftsleistung, den es damals tatsächlich gab, hat sich seither immer mehr aufgelöst. Durch Erfindungen und das kapitalistische Prinzip, möglichst effizient Ressourcen und Rohstoffe einzusparen und mit dem geringsten Aufwand maximalen Ertrag zu erzielen.

Der Klimawandel ist tatsächlich ein reales Problem, mit dem wir uns befassen müssen. Doch in Deutschland führen oft politische Massnahmen zum Gegenteil dessen, was zu seiner Bekämpfung nützlich wäre. Der durch eine rot-grüne Regierung beschlossene und unter Bundeskanzlerin Angela Merkel fortgeführte Ausstieg aus der Atomenergie ist einer der Hauptgründe dafür, dass Deutschland beim Klimaschutz nicht besser dasteht.

Dass Deutschland rasch zur Kernkraft zurückkehrt, ist wenig realistisch. Was kann man sonst tun, und nochmals: Wie sähe eine kapitalistische Klimapolitik aus?

Zum Glück hängt der Klimaschutz nicht nur von Deutschland ab, sonst sähe ich schwarz. Zentral ist für mich die These, die Andrew McAfee in seinem Buch «Mehr aus weniger» vertritt: Wir sind im Prinzip schon auf dem richtigen Weg, indem wir mit weniger Ressourceneinsatz zu mehr Wohlstand gekommen sind. Wenn wir mehr auf Innovation und Technik setzen, statt diese zu behindern, wird das die beste Lösung sein. Es gibt keine andere.